

## Adenauer kommt nach Berlin

### Teilnahme an Bundestagssitzung — Verhandlungen mit dem Senat

Berlin (Eigenbericht). Bundeskanzler Adenauer wird Anfang Oktober in Berlin an der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages nach den Parlamentsferien teilnehmen. Wie der Bundesbevollmächtigte in Berlin, Dr. Vockel, mitteilte, wird Dr. Adenauer während seines Aufenthaltes mit dem Senat über Berliner Fragen konferieren und eine Besichtigungsfahrt durch die Stadt unternehmen. Ein Programm für seinen Berlin-Besuch liegt noch nicht vor.

Wie weiter verlautet, beabsichtigt Bundesfinanzminister Etzel während der Bundestagssitzung vorbereitende Gespräche mit dem Senat über die Bundeshilfe für Berlin im näch-

sten Etatsjahr zu führen. Es wird angenommen, daß sich der Bundeskanzler unter Umständen in die Gespräche einschaltet. Auch andere für Berliner Fragen zuständige Minister werden

sich ebenso wie die Ausschüsse des Bundestages während der Parlamentsitzung an Ort und Stelle mit den Problemen Berlins befassen.

Der Senator für Bundesangelegenheiten, Dr. Klein, äußert in einer Erklärung u. a.: „Die Nachricht über den Kanzlerbesuch wird die Berliner und alle Freunde Berlins befriedigen. Berlin ist heute wie vor Jahren der Vorposten der freien Welt, eine Stadt voller Optimismus, der seinen sichtbaren Ausdruck in der ständigen Zunahme der Beschäftigtenzahl und damit verbunden in der Zunahme der Wirtschaftskraft findet.“

## Kirche verstärkt Erziehungsarbeit

### Bischof Dibelius gegen Tendenzerziehung totalitärer Staaten

Bonn (Eigenbericht). Der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof D. Dr. Otto Dibelius, wies in einer vom Sender Freies Berlin verbreiteten Tonbandaufnahme darauf hin, daß überall auf der Welt die totalitären Staaten riesenhafte Anstrengungen auf dem Gebiete der Erziehung machen. Alle Erziehung totalitärer Staaten sei Tendenzerziehung im materialistischen und atheistischen Sinne. Der dabei herauskommende Erfolg bedeute, daß „die Voraussetzungen bei den Menschen für den christlichen Glauben untergraben werden“. Die christlichen Kirchen sähen sich über die ganze Welt aufgerufen, „diesem allen nicht untätig zuzusehen, sondern ihre eigene Erziehungsarbeit stärker als früher auf eine missionarische Aufgabe umzustellen“.

Der Ratsvorsitzende nahm mit seinen Ausführungen Stellung zu der soeben in Tokio beendeten „Weltkonferenz für christliche Erziehung“, an der er teilgenommen hatte. Dibelius reist von Japan unmittelbar nach

Dänemark, wo er an einer in der zweiten Augushälfte in Nyborg stattfindenden Tagung des Zentralausschusses des Weltkirchenrates teilnimmt.

### „Heimatschutz“-Lehrgänge

Ein erster „Heimatschutz“-Lehrgang, an dem 500 Studenten und Studentinnen der Leipziger Karl-Marx-Universität und der Hochschule für Binnenhandel teilnehmen, hat vor kurzem in Leipzig begonnen. Wie das Informationsbüro West mitteilt, sind die Heimatschutz-Lehrgänge, die zu einer ständigen Einrichtung werden sollen, für die Studenten eine Ergänzung zur vormilitärischen und der Reservisten-Ausbildung in der „Nationalen Volksarmee“.

### Grenzgänger von Vopos erschossen

Ein Grenzgänger, der die Zonengrenze in der Nähe von Ludwigstadt illegal in Richtung Sowjetzone überschritten hatte, wurde in der Nacht zum 15. Juli von der „Volkspolizei“ erschossen.

### 1500 Flüchtlinge am Sonntag

Der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone, der bereits in der Vorwoche einen Höchststand erreicht hatte, hat sich zu Beginn der Woche erneut verstärkt. Am Sonntag und Montag kamen rund 1500 Flüchtlinge nach Westberlin, um ihre Notaufnahme zu beantragen. Seit Monatsbeginn sind bereits 9000 Flüchtlinge registriert worden.

Aus den Berufen der Flüchtlinge zeichnet sich ab, daß die Beschlüsse des V. SED-Parteitages in steigendem Maße Triebfeder zum Verlassen der Zone sind. So ist die Zahl der flüchtenden Lehrer spürbar angestiegen. Überwiegend geben sie als Fluchtgründe die Einführung des „Polytechnischen Schulunterrichtes“ am 1. September an, durch den die Schüler gezwungen werden, wöchentlich einen Arbeitstag in Industriebetrieben oder in der Landwirtschaft zu verbringen. Dadurch wird die Erfüllung des Lehrplanes, die den Lehrern zur Pflicht gemacht worden ist, in Frage gestellt.

Die verstärkten Bemühungen um die Kollektivierung der Landwirtschaft veranlassen mehr Bauern als bisher zur Flucht,

## Für die Menschen sorgen

K. W. B. In diesen Tagen ließ sich in Berlin lernen, daß es noch ein anderes Leben gibt als das der Bedrohungen und Schikanen, unter denen wir insbesondere unsere Landsleute jenseits des Brandenburger Torres leben und leiden sehen. Der Katholikentag, der eben zu Ende ging, hat uns diesen neuen Einblick ermöglicht. Oder vielmehr die Menschen, die seinetwegen nach Berlin gekommen waren; denn es war, so wenig die Anwesenheit der 15 000 bis 20 000 Katholiken aus der Bundesrepublik in Berlin unterschätzt werden soll, ein Treffpunkt der Menschen gleichen Glaubens aus der Zone. Wer vor allem in die Veranstaltungen hineinschauen konnte, die auf Ostberliner Boden, in Ubrichts Seelenbinder-Halle, neben dem SED-Palast, vor der Hedwig-Kathedrale und in den Kirchen des Ostsektors vor sich gingen, wird erschüttert worden sein. Gewiß, dieser Katholikentag war eine streng katholische Veranstaltung. Er war, aus mancherlei Gründen, enger auf das katholische Praktizieren und Bewahren der konfessionellen Glaubenshaltung zugeschnitten, als die früheren Kirchentage und auch der erste Katholikentag von Berlin. Die politischen Bezüge und das Diskutieren der vielen in den politischen Raum vorstoßenden Probleme waren von der Kirchenleitung mit Feinlichkeit vermieden worden. Dieser Verzicht war wohl der Preis, den man für die Wanderung der Menschen aus der Zone nach Berlin im voraus hatte zahlen müssen.

Doch schon heute zeichnet sich ab, wie wenig diese Beschränkung zum Thema der menschlichen Kraft der Bewegung Abbruch tat. Der Eindruck entstand, daß gerade die aus dem Osten gekommenen Teilnehmer des Katholikentages in die sich oft sehr schwer und verschlüsselt gebenden Auslassungen in den großen Vorträgen mit größ-

ter Anspannung hineinhörten, daß sie auf keine Demonstrationen und Protestkundgebungen bedacht waren, daß sie sich aber um so sicherer in der Darlegung ihres Glaubens und der sich hier manifestierenden Formen wohl und frei fühlten. Sie haben auch ihre Kirchen in der Zone. Und sie sehen, im großen ganzen wenigstens, den umgrenzten Bezirk ihrer Glaubensausübung noch unbedroht. Aber die Reise nach Berlin faßten sie als die Reise in eine Sphäre auf, in der sich ihr Glaube völlig ungehindert und frei entfalten kann. Man hat bei den vielen Gottesdiensten, Feiern und Zusammenkünften dieser Berliner Tage niemals den Ruf nach Befreiung oder den gequälten Protestschrei aus dem Munde etwa der vielen Alten gehört, die der menschlichen Landschaft dieser Berliner Feiertage das Gepräge gegeben haben. Das war sicherlich nicht die Resignation, die zwölf Jahre kommunistischer Herrschaft über die Leidgewohnten legte; denn zur Bekundung ihres Glaubens hatten sie nicht nur das spöttische Lächeln, sondern auch den Zorn und das nun schärfere Auge ihrer Bewacher für ihr künftiges Tun und Lassen auf sich gezogen. Als verstünden sie, daß jede laute Demonstration die noch vorhandenen Kontakte lösen könnte, blieben sie im stillen Einverständnis mit denen, die sie nach Berlin gerufen hatten.

Solche Ignorierung der politischen Wirklichkeit ging so weit, daß sie unter den Spruchbändern der kommunistischen Herrschaft in die Knie sanken und zu ihrem Gott beteten. Die Auseinandersetzung des kommunistischen Staates mit der Kirche hat sehr verschiedene Formen angenommen. Sicherlich wäre der in der Zone so starken evangelischen Kirche diese Überwindung des politischen Herrschaftsanspruches aus den eigenen Mitteln nicht auf die gleiche Weise möglich gewesen, wie es die katholischen Deutschen aus der Zone und aus Westdeutschland durch die fast heitere Gelöstheit ihres Gottesdienstes im Bannkreis der kommunistischen Befehlszentrale vermochten. Das „Neue

Deutschland“ bombardierte zur nämlichen Zeit, in der die Hunderttausend durch ganz Berlin strömten, um dabeizusein, Kirche und Geistlichkeit mit den schwersten Vorwürfen. Doch an den Menschen, die sich die Flugblätter der kommunistischen „Nationalen Front“ in Ostberlin in die Hand drücken ließen, ging dies vorüber, ohne daß Zorn, Empörung oder etwa gar Zweifel sie in ihrem Zusammensein gestört hätten. Natürlich waren es vorwiegend gezeigte ältere Menschen und auch solche, die am Rande der ohnedies mageren Sozialpyramide der Zone stehen. Sie sind leider erfahren, und sie mögen die Hoffnung auf das Leben in einem gemeinsamen freien Deutschland nur noch schwach glimmen sehen. Um so intensiver scheinen sie den Kontakt zu suchen, wo immer sie ihn finden können. Und dies muß als ein besonderer Gewinn dieser Tage angesehen werden: daß viele Junge aus der Zone hier waren, die der Befürchtung widersprachen, daß in den Jungen die Entfremdung schon feste Wurzeln geschlagen habe; von denen nämlich, die sich in Berlin zu den Veranstaltungen des Katholikentages drängten, ging allem Anschein nach eine besondere vitale Hoffnung auf die Wiederherstellung der Gemeinsamkeit aus.

Nun, da die Glocken über dem Berliner Olympia-Stadion ausgeklungen sind, wird man der katholischen Kirche einen eindrucksvollen Sieg über das östliche System der menschlichen Bedrohung bescheinigen können. Man wird sagen dürfen, daß er nicht den Katholiken in Deutschland zugute kommt, sondern daß er dem ganzen Deutschland dient, das wir als ein Deutschland der Freiheit ersehen. „Unsere Sorge — der Mensch“ hieß der eine Teil des Leitspruches, unter den der Katholikentag in Berlin sich gestellt hatte. Wir haben auf Plätzen und Straßen, in Hallen und Kirchen erlebt, wie sehr die Aufgabe unserer Zeit die Aufgabe ist, um den Menschen besorgt zu sein. Die Menschen aus dem Osten haben uns zu verstehen gegeben, daß die deutsche Aufgabe heißt: für den Menschen durch alle Gitter, Drahtverhaue und Staketenzäune hinweg zu sorgen.

# Der Pfauenthron blieb unberührt

## Nach der Revolution im Irak: Keine Unruhe in Persien

v. V. Teheran (Eigenbericht)

„Als wir zu Hause in Teheran den Tod Nury Saids erfuhren, hat niemand Mitleid gehabt, Wir haßten ihn, er hat uns immer Schwierigkeiten gemacht“, sagte uns ein persischer Freund, der auf Heimaturlaub den 14. Juli in Iran verlebte. „Aber daß die Iraker ihren König töteten, das hat man einfach nicht fassen können!“ Unser junger persischer Freund versuchte uns klarzumachen, wie weit außerhalb der Vorstellung seiner Landsleute auch nur der Gedanke der Möglichkeit läge, nach dem Leben ihres Monarchen, und überhaupt eines Königs zu trachten. Er verglich die Position des Schahs mit der Figur des Tenno von Japan, der in den Augen des Volkes, einem Symbol der Nation vergleichbar, einfach unantastbar ist. „Unser Volk besitzt eine uralte Kultur und Geschichte, die mit dem Begriff ‚Schah‘ aufs engste verbunden ist.“ (Es spielte für unseren Freund offenbar keine Rolle, daß die gegenwärtige iranische Dynastie erst von 1925 datiert und aus dem Kosakenoffiziersstand hervorging). „Wenn wir unseren Schah nicht hätten“, sagte unser persischer Freund, „dann wäre der Bestand Irans überhaupt bedroht. Unsere mächtigen Nomadenstämme, turkmenische, arabische, kurdische, die Aserbeidschaner, werden nur durch die Figur des Schahs mit den Persern zu einer geschlossenen Nation zusammengehalten. Allerdings: Wenn unser Schah keinen leiblichen Nachfolger hat (seine Schwestern stammen von einer anderen Mutter), besteht für Iran die Gefahr der Anarchie!“

### ... aber der Schein trägt

Das nachbarliche Verhältnis von Iran und Irak — 80 000 Iraner leben in Irak, 800 000 Iraker gehören der gleichen islamischen Glaubensrichtung wie die Perser an, sind Schiiten —, politisch durch den Bagdad-Pakt scheinbar klar gezeichnet, ist bei weitem nicht so freundschaft-

lich, wie es rein äußerlich den Anschein hat. Von vornherein fühlen sich die Perser den Arabern überlegen, weil sie auf eine uralte Kultur zurückblicken dürfen. Selbst die Bindung durch eine gemeinsame Religion, den Islam, wird nicht, wie in vielen anderen islamischen Staaten, als übernationales Band empfunden. In weiten Kreisen der gebildeten Schicht jedenfalls betrachtet man den Islam als eine fremde, aufoktroizierte Religion, die Persien in einem Moment der Schwäche annehmen mußte. „So halten wir uns auch, trotz Alkoholverbot der Moslems, an unseren alten persischen Dichter Hafez und besingen noch heute mit seinen Versen den Wein und trinken ihn!“

### Streitpunkt: Inseln Bahrein

Als König Faisal von Irak und Abdül Illah im vergangenen Herbst in Teheran weilten, wurden sie zwar als die Vertreter des einzigen arabischen Staates, der durch seine Zugehörigkeit zum Bagdad-Pakt eine weitblickende „mittelöstliche“ Politik; im Gegensatz zur „Rassenpolitik“ Ägyptens und Syriens betreibt, gefeiert. Doch kurz darauf flammte der Streit zwischen den Nachbarn am Persischen Golf von neuem auf: Persien erklärte die Inseln Bahrein zu seiner 14. Region auf Grund einer zurückliegenden gemeinsamen historischen Vergangenheit. England protestierte und berief sich auf seinen Protektorsvertrag mit Bahrein aus dem Jahre 1861, und die arabischen Liga-Länder, besonders Irak, traten geschlossen gegen die persischen „Prententionen“ auf. Der Emir von Bahrein selbst erklärte am Rundfunk: „Bahrein ist ein arabischer Staat seit Jahrhunderten!“ In der Tat ist Bahrein seit etwa 20 Jahren kulturell stark an Irak gebunden.

Der zweite Reibungspunkt zwischen Teheran und Bagdad liegt im Schatt-el-Arab, dem Zusammenfluß des Euphrat und Tigris südlich Basra. Trotz eines Freundschaftsvertrages von

1937 konnte bisher keine Einigung zwischen den beiden Nachbarstaaten über Schifffahrtsrechte und Bildung einer Flußkommission erreicht werden.

### Nach Hamburg über Moskau

Ein Königssturz im benachbarten Bagdad macht also nicht den geringsten Eindruck auf das Verhältnis der Perser zu ihrem Schah. Und die westliche Vorstellung, arabischer Nationalismus, den die Iraner bezeichnenderweise „arabischen Rassismus“ nennen, könne über die Brücke des Islam nach Iran übergreifen, ist irrig.

„Es ist wirklich lächerlich, daß manche Europäer und Amerikaner jetzt bei der Krise die Möglichkeit eines russischen Einmarsches in Iran als Gegenmaßnahme gegen die amerikanische Landung in Libanon in Betracht zogen!“ ereifert sich unser persischer Freund. „Gerade, jetzt, wo einer unserer schönsten Träume in Erfüllung ging, nämlich eine Landverbindung mit Europa durch Rußland zu bekommen. Eben erst ist die Eisenbahn von Teheran über Täbris, Moskau nach Zentraleuropa eröffnet worden. Denken Sie, darum haben wir schon unter den Zaren gekämpft, und jetzt hat Moskau sein Jawort gegeben. Heute kann man sich im Reisebüro von Teheran eine gewöhnliche Eisenbahnfahrkarte nach Hamburg über Moskau kaufen!“

### Guter Wille vorhanden

In der Tat haben sich die Beziehungen Irans zur Sowjetunion in den letzten Jahren auffallend gebessert. Die persische Presse sprach anlässlich des 40. Jahrestages der russischen Revolution von einer „neuen“ Haltung der Sowjetunion gegenüber Iran, die die Sorgen um die Respektierung der eigenen Souveränität durch den mächtigen nördlichen Nachbarn zerstreue. Die Perser hätten allen guten Willen, an die friedlichen Absichten Moskaus zu „glauben“.

# Warum die Ärzte fliehen

## Druck der SED hat zugenommen — Ringen um die Verantwortung

B. Berlin (Eigenbericht). Es vergeht kein Tag, an dem nicht Ärzte aus der Sowjetzone sich als Flüchtlinge bei den Notaufnahmehäusern in Berlin, Ulzen und Giessen melden. Vor uns liegt eine lange Liste. Da ist ein Facharzt für Frauenkrankheiten bei der Klinik der Universität Halle, ein Facharzt für Inneres beim Rat der Stadt Dresden, ein Oberarzt bei einem Ostberliner Krankenhaus, seine Frau ist Zahnärztin. Da sind neben erfahrenen praktischen Ärzten aus den Bezirken, Assistenten und Oberassistenten aus den Universitäten, Dozenten und Professoren.

Viele haben alles zurückgelassen, ihr wertvolles Instrumentarium, ihr Auto, Hausrat, wissenschaftliche Bücher und Wäsche, manche auch ihr Haus, das sie noch in besseren Zeiten bauen konnten. Alle aber ließen ihre Existenzgrundlage zurück, ihre Praxis. Sie gehen aus einem Land des Ärztemangels in die Bundesrepublik, in der es ihnen, vor allem den älteren Ärzten, nicht leichtfallen wird, eine neue Praxis aufzubauen.

### Obwohl es nicht leichtfällt

Die Ärzte wissen das alles und sind doch gegangen. Sie wissen auch um ihre Verantwortung gegenüber den Zurückgebliebenen, deren Vertrauen sie besaßen. Die Leute kamen ja nicht nur wegen eines Fingergeschwürs oder wegen der geschwollenen Mandeln in die Sprechstunden, sondern sie alle fragten auch: „Nun, Herr Doktor, wie sieht es denn aus? Wie lange dauert es noch?“

Wieder einer weniger. Wieder einer nach dem Westen. Aber wer will sie schelten? Und sie erzählen, warum sie gingen, warum sie gehen mußten. Da berichtet ein Arzt aus der Nähe von Kottbus, Mitte 50. Materielle Sorgen hat er nicht gehabt, auch die SED hat ihn einstweilen in Ruhe gelassen. Aber seine beiden Söhne wollen studieren. Noch ist nicht heraus, ob sie überhaupt zugelassen werden, denn sie sind Mitglieder der „Jungen Gemeinde“ und sie wollen nicht zur Nationalen Volksarmee. Aber selbst wenn sie zum Studium zugelassen würden, könnten sie in der Sowjetzone nicht studieren, denn sie haben die Geisteswissenschaften zum Studium erwählt und sie können und wollen sich nicht dem marxistischen Zwang fügen. Also bleibt

ihnen nur die Bundesrepublik, und das bedeutet, daß die ganze Familie nach dem Westen gehen muß.

### Loyalität genügt nicht mehr

Dazu kommt noch ein anderes. Bis zum Frühjahr dieses Jahres ließ man die Ärzte in Ruhe, wohl in der Erkenntnis, daß man sie brauchte. Als dann aber der scharfe Wind auf den Universitäten und unter der Intelligenz wehte, da forderte man auch von den Ärzten das marxistische Bekenntnis. Die Loyalität gegenüber der Regierung genügte nicht mehr, man wollte die Ärzte ganz, mit Haut und Haaren. Und da weigerten sich die Ärzte. Sie waren nicht in der NSDAP gewesen und sie wollten nicht in die SED.

Und warum bedrückte man die jungen Ärzte, die Assistenten und Oberassistenten? Einer hatte eine wissenschaftliche Arbeit in einem westdeutschen Ärzteblatt veröffentlicht, das machte ihn verdächtig. Warum hatte er das getan? Weil es in der Sowjetzone keine wissenschaftliche Ärztezeitschrift von Rang und Namen gibt. Ein anderer hatte sich geweigert, an den politischen Schulungen, die in den Krankenhäusern durchgeführt werden, teilzunehmen. Einem dritten war aufgegeben worden, die Zahl der Krankenschreibungen zu Ehren des V. Parteitag der SED um 20 Prozent zu senken, eine geradezu unsittliche Forderung an einen Arzt. Sie ist nur zu erklären durch den Versuch, auch die Ärzte in das Ausbeutungssystem der SED einzugliedern. So wurde wiederholt verlangt, die Leichtkranken für die Produktion zu mobilisieren, ja, die schwachsinnigen kranken Kinder für die Produktion bereit-

zustellen. Und dann kamen zur Abwechslung wieder die politischen Forderungen: Austritt aus der Kirche, Eintritt in die SED. Wer will sich bei solchen Zuständen darüber wundern, daß in einem Krankenhaus bei Senftenberg innerhalb von zwei Jahren sechs Ärzte geflohen sind?

### Vor einer Katastrophe?

Wenn die Machthaber der sowjetzonalen Republik mit dem Nachwuchs rechnen, so rechnen sie falsch, denn auch der Nachwuchs hat erkannt, daß die ärztliche Verantwortung eine Frage des Charakters und nicht einer angeblichen sozialistischen Ethik ist. Auch junge Nachwuchsärzte sind bereits geflohen. Es nützt den SED-Genossen nichts, wenn sie jetzt durch den Sekretär des ZK der SED fordern lassen, den hippokratischen Eid der Ärzte zu erweitern und zu ergänzen, da dieser Eid nur auf das Wohl des einzelnen Menschen abgestellt sei. Das ist Wortklauberei, die keinen Erfolg haben wird.

### Bonn weist Angriffe zurück

Berlin (Eigenmeldung) Staatssekretär Thedieck hat in einer Ansprache über den RIAS die Behauptung der Sowjetzonenpresse zurückgewiesen, die Bundesregierung verhindere echte Kontakte der Wissenschaftler aus beiden Teilen Deutschlands. Die Vorwürfe waren im Zusammenhang mit der Empfehlung der westdeutschen Rektorenkonferenz erhoben worden, die 400-Jahrfeier der Universität Jena nicht zu besuchen. Die westdeutsche Rektorenkonferenz habe ihre Empfehlung aus eigener Verantwortlichkeit und ohne jede Beeinflussung seitens der Bundesregierung getroffen, erklärte Thedieck. „Wer jedoch weiß, wie unter der kommunistischen Regieführung Universitätsjubiläumssfeiern gestaltet werden, gibt sich keiner Illusion darüber hin, daß solche Feiern nicht die rechte Gelegenheit sind, die von uns von ganzem Herzen gewünschten menschlichen und wissenschaftlichen Kontakte zu pflegen.“

# „Alles liegt an uns, nichts an den Sachen“

## Katholikentag befaßt sich mit den Gefahren der technischen Massengesellschaft

Berlin (Eigenbericht). Ungeachtet der Angriffe, die in der Ostpresse gegen den 78. Deutschen Katholikentag in Berlin gerichtet wurden, setzten sich die Teilnehmer in zwei großen öffentlichen Versammlungen, deren jede mit dem gleichen Thema, aber mit verschiedenen Rednern in sechs großen Hallen Ost- und Westberlins stattfanden, mit der Situation des Menschen in der heutigen technisierten und organisierten Massengesellschaft auseinander, mit seiner Angst und seiner Verlorenheit. Es mag vermessen erscheinen, wenn man bei einer Veranstaltung mit nur einem Redner und ohne Diskussion von einer Auseinandersetzung spricht. Aber die innere Anteilnahme, mit der die Zehntausende von Katholiken den Ausführungen folgten, — die Unbeirrbarkeit, mit der sie bis zum letzten Wort auch auf so unbehaglichen Sitzplätzen, wie Treppenstufen, ausharrten, die angespannte Stille in den Räumen, die nur hin und wieder von einem nicht stürmischen, sondern überlegten Beifall unterbrochen wurde — all diese Tatsachen machten deutlich, daß es den Besuchern dieser Versammlungen um mehr ging als um ein bloßes Anhören von interessanten Referaten. Es ging ihnen um ihre ureigensten Probleme, um Fragen, mit denen sie sich täglich selbst auseinanderzusetzen hatten. Und es stellte sich dabei heraus, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat von untergeordneter Wichtigkeit ist gegenüber dem Verhältnis zwischen Mensch und Gott, zwischen dem Menschen und seinem Nächsten. Diesem Katholikentag geht es — trotz der Anwesenheit so vieler Bischöfe und sonstiger geistlicher Würdenträger — nicht um die Darstellung der katholischen Kirche als einer verehrungswürdigen, hierarchischen Organisation, sondern um die Erkenntnis der Situation und der Aufgabe des Christen in der Welt. „Unsere Sorge, der Mensch“ heißt ja das Thema dieses Kirchentreffens, um gleich darauf fortzufahren „Unser Heil, der Herr“.

So war denn der Hauptgedanke, der sich durch die beiden Veranstaltungen am Vor- und Nachmittag hindurchzog, daß der Mensch auch heute gerufen ist, in Freiheit den Weg zu Gott zu gehen, und daß alle Angst und Verlorenheit des Menschen die Folge sind, nicht etwa in erster Linie der technischen Entwicklung unseres Zeitalters, sondern der Abwendung des Menschen von Gott. „Die Christen wissen, daß die Verlorenheit des Menschen in allen Zeiten da ist... Sie liegt nicht in den Mängeln unserer

Einrichtungen und nicht in den gesellschaftlichen Übeln, sondern sie zeigt sich in ihnen nur an. Denn die Verlorenheit des Menschen entsteht nicht aus sozialen oder kulturellen Fehlentwicklungen, sondern aus dem Verlust des Heils durch die Trennung von Gott“, betonte Dr. Anton Böhm (Köln): „Alles liegt an uns, nichts an den Sachen. In Wahrheit gibt es gar keine Übermächte, Mechanismen, Zwangsläufigkeiten, die etwas anderes wären als Folgen des Mißbrauchs unserer Freiheit.“

### Scharfe Absage an den Materialismus

Auch an den Materialismus unserer Zeit erteilte Böhm eine scharfe Absage: „Haben wir nicht unsere ganze Zivilisation auf unser leibliches Wohl abgestellt? ... Alles, was menschliches Ingenium vermag, muß dem Lebensstandard dienen. Das ist das oberste Ziel, dem sich alle anderen unterzuordnen haben. Lebenshaltung ist das, was unentwegt verbessert werden muß. Und wehe dem Staatsmann, der sich nicht zu dieser Verpflichtung bekennt! Aber es gibt ohnedies keinen, der so tollkühn wäre...“, und weiter: „Aus Lebens- und Todesangst erheben wir die Medizin zu einer Heilslehre... Wir bilden uns ein, daß die Wissenschaft schon bald imstande sein werde, alle gewünschten Körper- und Seelenzustände durch passende Pillen herzustellen. Steht dahinter nicht die Meinung, das Leben sei nichts weiter als eine Reihe von chemisch-biologischen Vorgängen, die durch die Zufuhr von geeigneten Präparaten beliebig gelenkt werden könnten? Hier vollzieht sich der Persönlichkeitsabbau bis zur Zerrüttung; ist es nicht Verlorenheit, wenn wir das, was uns Selbstzucht und Einsicht erwerben sollten, durch die Zufuhr chemischer Präparate automatisch herstellen wollen? Ohne Bemühung, ohne Einsatz der Person?“

Damit war das Thema angeschnitten, das Prof. Maria Schmidt (Paderborn) als die Gefahr bezeichnete, „ein fragmen-

tarischer Mensch zu werden, ein Torso, zumal dann, wenn er auch Gott aus seinem Denken ausschaltet. Man hat sogar von einer Gottunfähigkeit des heutigen Menschen gesprochen und meint damit, daß ihm der Zugang zu den ewigen Dingen so erschwert sei, daß er ihn wohl kaum finden könne.“ Auch Prof. Fleckenstein (Würzburg) sprach von der Gefahr einer „fast gänzlichen Zerstörung der Gottesfähigkeit“ — ein Gedanke, der von P. Mianeki ergänzt wurde mit dem Hinweis: „Hier liegt unsere eigentliche, unsere tiefste Sorge um den Menschen, daß er nämlich behindert und gehindert wird und es schließlich selbst aufgibt, echter, ganzer Mensch zu sein.“

Prof. Walter Rest (Münster) bezeichnete es in diesem Zusammenhang als den „apokalyptischen Charakter“ in so vielen Schriften heute: „Schilderungen einer sinnlosen, schlechthin verlorenen menschlichen Existenz. Und dies alles vor dem Hintergrund des gigantischen technischen Fortschritts, der Massenorganisation und der Versorgung, der Erschließung ungeheurer Energien und des Vorstoßes in welferne Räume. Alles gerät in einen einzigen Verbund, und nur eine Sicherung braucht durchzubrennen, um alles in Todesstille zum Erliegen zu bringen. Haben wir in dieser Verlorenheit noch den Mut zur letzten Angst, auf deren Rücken die frei angebotene Gnade zur Rettung führt?“

## Bulganin versetzt

Man spricht in Moskau von „milder Verbannung“

Moskau (ap). Der frühere sowjetische Ministerpräsident Bulganin ist von seinem Amt als Präsident der sowjetischen Staatsbank abgelöst und zum Vorsitzenden des Rats der nationalen Wirtschaft in Stawropol (Nord-Kaukasus) ernannt worden, wie in Moskau bekanntgegeben wurde. Bulganin hat seinen neuen Posten bereits angetreten. Da die neue Stellung Bulganins im Rang unter der des Präsidenten der Staatsbank steht wird die Versetzung Bulganins nach dem Kaukasus in diplomatischen Kreisen Moskaus als eine mildere Art der Verbannung bezeichnet.

Die Volkswirtschaftsräte sind vor rund einem Jahr im Zuge der Reorganisation der sowjetischen Wirtschaftsleitung in 105 Gebieten in der gesamten Sowjetunion gebildet worden. Aufgabe der Volkswirtschaftsräte ist es, sämtliche Zweige der Industrie und Volkswirtschaft des betreffenden Gebietes an Ort und Stelle zu leiten.

\*

DT. Wie sich die Zeiten ändern. Im Frühjahr saß er als sowjetischer Ministerpräsident sozusagen noch auf stolzen Rosen. Weniger stolz dann nach seinem Sturz durch Chruschtschow am 27. März im niedrigeren Sessel des Vorsitzenden der Staatsbank und ganz niedrig hat man ihn jetzt auf den harten Stuhl eines der vielen Volkswirtschaftsrats-Vorsitzenden geschoben: abgeschoben in den fernen Kaukasus.

Das ist der Lauf der Dinge und der persönlichen Schicksale so mancher Spitzenfunktionäre in der heutigen Sowjetunion. Zuletzt hörte man von Bulganin am 13. Juni. Er, der selbst wie ein bieder-bürgerlicher Sanitätsrat aussieht, hatte sich krank schreiben lassen, oder er war — wer weiß — krank geschrieben worden. „Wenn Sie Bulganin sehen wollen“, hatte damals der schlaue Nikita in einer seiner leutseligen Anwandlungen gegenüber Journalisten erklärt, „kaufen Sie einen Blumenstrauß und fahren Sie zu ihm ins Krankenhaus“. Von dieser großzügigen Erlaubnis wurde kein Gebrauch gemacht. Heute müßte

man in Moskau eine teure Fahrkarte kaufen, um Bulganin zu besuchen, falls das überhaupt ermöglicht würde.

Nötig ist es bestimmt nicht mehr. Die Akte Bulganin ist längst geschlossen. Für die Öffentlichkeit war nur die Absetzung interessant; der sich anschließende unaufhaltsame Abstieg ist es nicht mehr. Als Regierungschef in Moskau stand er auf der Höhe der Macht, nun ist er einer von den 105 im weitesten Land verteilten unselbständigen Wirtschaftsmanagern geworden, — gebrandmarkt und damit der Aufsässigkeit und der noch schlimmeren Bemitleidung seiner Mitarbeiter und Untergebenen ausgesetzt. Aber konnte er etwas anderes oder etwa mehr erwarten? Zu guter Kenner des eigenen Regimes und seiner Geschichte sollte sich der Verbannte trösten, wenigstens „mit heiler Haut“ davongekommen zu sein. Auch darin haben sich seit Stalin die Zeiten geändert. Die Frage ist nur, und Bulganin allein könnte sie beantworten, ob er das ihm beschiedene Dahinwelken im Schatten tatsächlich als einen so großen Fortschritt im Paradies der Fortschrittlichkeit empfindet.

## US-Waffen für Tunesien

Washington (ap). Die amerikanische Regierung hat bekanntgegeben, daß sie Tunesien beim Aufbau und der Modernisierung seiner Armee und seiner Polizeiverbände helfen werde. Eine Waffenlieferung sei schon in Tunesien eingetroffen, eine weitere mit leichten Waffen, Jeeps, Lastwagen und Funkausrüstung unterwegs.

Die Bekanntgabe erfolgte, nachdem die französische Regierung ihren ursprünglichen Protest gegen die Lieferung britisch-amerikanischer Waffen an Tunesien zurückgezogen hatte. Wegen dieser bereits im Dezember geplanten Lieferungen war es seinerzeit zu einer heftigen Verstimmung zwischen den Westmächten gekommen, die sich sogar auf die Zusammenarbeit in der NATO auszudehnen drohte. Frankreich hatte seinen Einspruch damit begründet, daß die Waffen in die Hände der algerischen Aufständischen fallen könnten. Die USA und Großbritannien vertraten demgegenüber die Ansicht, daß die Sowjetunion der tunesischen Regierung ihre Hilfe anbieten und auf diesem Umweg am westlichen Mittelmeer Fuß fassen könnte.

## Handel mit dem Ostblock gelockert

Nur noch 120 Waren auf der Embargoliste

London/Bonn (ap/dpa). Die Exportbeschränkungen für den Handel zwischen den Ländern des Westens und dem Ostblock sind wesentlich gelockert worden. Von sofort an können die NATO-Länder einschließlich der Bundesrepublik wesentlich mehr Waren in die Sowjetunion, China und die Ostblockländer liefern als bisher.

Der Entschluß, viele der Exportkontrollen für sogenannte strategisch wichtige Güter zu lockern, wurde nach etwa einjährigen äußerst hartnäckigen Verhandlungen im sogenannten Pariser Koordinationsausschuß gefaßt. Diesem Ausschuß gehören die NATO-Länder und Japan an. Besonders die britische und auch die deutsche Industrie hatten sich für eine

Lockerung des Ost-West-Handels eingesetzt und ihre Forderungen damit begründet, daß viele der Verbotsbestimmungen längst überholt seien. Die amerikanische Regierung sträubte sich dagegen vor allem aus politischen Gründen gegen eine Lockerung der Exportbeschränkungen, die während der Korea-Krise im Jahre 1950 eingeführt worden waren.

Auf der Embargo-Liste, die ursprünglich etwa 800 Einzelposten umfaßte, verbleiben jetzt noch etwa 120. Alle vornehmlich militärischen Zwecken dienenden Waren, insbesondere Waffen, Munition, biologische und chemische Kampfmittel, bleiben auf der Verbotsliste.

# Polens Katholiken in Bedrängnis

## Burgfrieden zwischen Staat und Kirche gefährdet

Warschau (Eigenbericht)

Der plötzliche Ausbruch eines Konflikts in dem bisherigen Schwebezustand zwischen Staat und Kirche in Polen kam für große Teile der Öffentlichkeit überraschend. Seit dem Umschwung im Oktober 1956 herrschte Burgfrieden. In interessierten Kreisen ist oft die Frage aufgeworfen worden, ob zwischen dem kommunistischen polnischen Regime und der Kirchenleitung auf die Dauer überhaupt eine „Koexistenz“ möglich ist.

Im November 1956 sagte Parteisekretär Gomulka, in Polen würden Voraussetzungen dafür geschaffen, daß alle Reibungen und Zwistigkeiten zwischen Staat und Kirche ausgeschlossen werden. Beobachter stellen sich die Frage, ob diese Versicherung auch heute noch Gültigkeit habe. Gegen die katholische Kirchenleitung wurden in den letzten Tagen, wie berichtet, scharfe Angriffe in Zeitungen und Zeitschriften Polens gerichtet. Kardinal Wyszyński wurde beschuldigt, in seinen Predigten gegen die Grundsätze der Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche verstoßen zu haben. Den Angriffen waren Auseinandersetzungen über eine Verteilung ausländischer Spenden vorangegangen. Die Kirche hatte die Forderung der Behörden abgelehnt, die der Kirche überreichten Spenden dem staatlichen Hilfskomitee zur Verteilung zu übergeben.

Die katholische Kirchenleitung hat bisher zu den Beschuldigungen in der polnischen Presse geschwiegen. Ihr stehen nicht wie dem Staat die publizistischen Möglichkeiten zur Verfügung. Kardinal Wyszyński hat als Entgegnung auf polemisch gehaltene Presseveröffentlichungen über das Kloster Jasna Gora, das als Nationalheiligtum Polens gilt, Bußgebete in allen Kirchen Polens bis Ende Oktober angeordnet. Im übrigen, so meinte man in katholischen Kreisen, werde sich auch die Kirche eine Diskussion nicht aufzwingen lassen. Auch das Schweigen der Kirche, die doch über einen sehr starken Rückhalt in der polnischen Be-

völkerung verfüge, stelle eine Antwort dar. Nach dem Eindruck von Beobachtern gibt es Gruppen in der Bevölkerung, die erst durch die Pressekampagne gegen die Kirchenleitung dazu veranlaßt wurden, sich wieder stärker zur Kirche zu bekennen. Grundsätzlich spricht sich die Gruppe der katholischen Parlamentsabgeordneten

für eine Beilegung des ausgebrochenen Konflikts aus, und sie ist auch nach wie vor bemüht, zu schlichten.

Ausländische Beobachter in Polen glauben nicht, daß die Pressekampagne, die als eine Art Warnung interpretiert wird, unmittelbare Folgen, wie etwa das Wiederaufleben eines Kirchenkampfes, haben wird. Partei- und Regierungsstellen haben sich offiziell bisher nicht eingeschaltet.

## Hinter der Bühne

### Theaterprogramme nach kulturpolitischer Ausrichtung

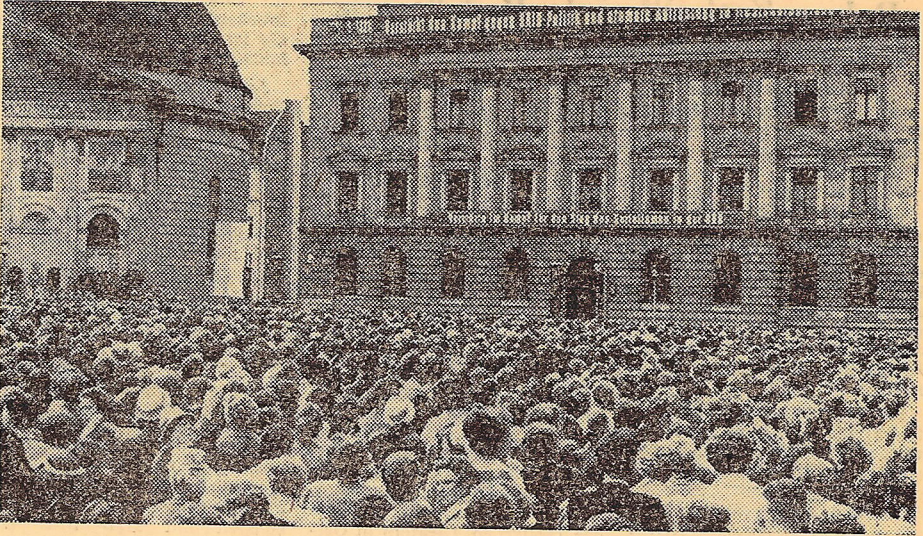
DT. Das Theater spielt in der Gegenwart mitunter nicht nur auf der Bühne. Auch in den Statuten der Intendanz kann man nachlesen, welcher Geist die Lande ringsum beherrscht. So zum Beispiel, wenn man die des Deutschen Theaters in Ostberlin und die des Schiller-Theaters in Westberlin vergleicht. Der Intendant Langhoff (und mit ihm eine Reihe anderer Theaterleiter), so wurde jetzt im Gesetzesblatt der „DDR“ veröffentlicht, untersteht den „örtlichen Organen der staatlichen Verwaltung“, und die wiederum sind für den Spielplan, das heißt also, für die agitatorische Arbeit des Theaters „nach den kulturpolitischen Richtlinien des Ministeriums für Kultur“ verantwortlich. Mit anderen Worten: Funktionäre bestimmen, was der Künstler zu tun hat.

Der Intendant Barlog hingegen kennt kein Gesetz dieser Art. Er ist lediglich finanziell, — in künstlerischer Hinsicht gibt es keinerlei Möglichkeiten des Hineinredens, ganz zu schweigen von gesetzlichen. Schon die Vorstellung, daß ein Gremium des Senats für Volksbildung Barlog zum dramaturgischen Befehlsempfang zitiert, ist eine Komödie.

Noch komischer fast ist jedoch der Gegensatz zwischen Ost- und Westberlin, der sich in Sachen „Kammersänger“ abzeichnet. In dem gleichen Gesetz wird nämlich bestimmt, daß der Minister für Kultur der Zone künftig derartige Titel bis hin zu „Kammervirtuose“ verleihen kann. Also Benennungen,

wie sie — bei allem Respekt für die dafür vorauszusetzende Leistung — bürgerlicher kaum gedacht werden können. Während aber die bittersten SED-Sozialisten sich unbekümmert diese Errungenschaften der ansonsten mit Haß bedachten Bourgeoisie zunutze machen, haben die Vertreter eben jenes demokratischen Bürgertums in Westberlin — und das ist der Witz bei diesem Kammersängerspiel — bis heute keine rechtlichen Möglichkeiten, solche schönen Titel zuzuerkennen. Denn man hielt sie — wieder mit Verlaub — für Zöpfe und wollte sie abschneiden.

Es ist indessen kein Geheimnis, daß sich inzwischen die Stimmen mehren, nicht zuletzt bei den Künstlern selbst, die dem „Kammer“-Vorsatz seinen attraktiven Nimbus wiedergeben wollen. Und man sollte das wohl nicht von vornherein als verstaubt abtun. Die Sucht zur Dekoration steckt nun einmal in jedem von uns. Die Kommunisten akzeptieren es — man kann von ihrer propagandistischen Konsequenz manches lernen. In der Weimarer Republik wurde von allen Einsichtigen beklagt, daß sich die Demokratie so gar nicht mit ein bißchen freundlichem Brimborium umgebe. Das ist heute zum Glück anders. Auf verschiedenen Gebieten tut man in Bonn recht viel des Guten. Es gibt Orden in reichem Maße und Experten für die Popularisierung von Persönlichkeiten und Anschauungen. Vielleicht findet man also auf diesem öffentlichen Podium auch noch ganz am Rande ein Plätzchen für den traditionellen Kammermusiker.



**BILDER DER WOCHE:** Der Katholikentag in Berlin: Vor den roten Spruchbändern am Gebäude der SED-Bezirksleitung in Ostberlin, das sich neben der St.-Hedwig-Kathedrale befindet, hatten sich über 60 000 Gläubige zu einer Friedensmesse der Frauen eingefunden. — **U n t e n :** Den Schauplatz erhoffter Siege besichtigte Deutschlands Leichtathletik-Aufgebot für die Europa-Meisterschaften im Stockholmer Olympia-Stadion. Die Meisterschaften begannen am Dienstag und dauern bis zum Sonntag

